



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den XXX
[...] (2019) XXX draft

VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION

vom XXX

**zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit
bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel
107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ENTWURF**

(Text von Bedeutung für den EWR)

VERORDNUNG (EU) .../... DER KOMMISSION

vom XXX

zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ENTWURF

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/1588 des Rates vom 13. Juli 2015 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen horizontaler Beihilfen¹, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a,

nach Anhörung des Beratenden Ausschusses für staatliche Beihilfen,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 werden bestimmte Gruppen von Beihilfen für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt.
- (2) Für Unternehmen, die sich an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) beteiligen, die unter die Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates² oder unter die [neue ETZ-Verordnung] fallen, ist es oft schwierig, die Mehrkosten zu tragen, die aus der Zusammenarbeit zwischen Partnern aus verschiedenen Gebieten und Mitgliedstaaten oder Drittländern erwachsen. Da die ETZ für die Kohäsionspolitik von großer Bedeutung ist und den Rahmen bildet, in dem nationale, regionale und lokale Akteure aus den einzelnen Mitgliedstaaten oder Drittstaaten gemeinsame Maßnahmen durchführen und sich über Strategien austauschen, sollten bestimmte Probleme im Zusammenhang mit ETZ-Projekten angegangen werden, um so eine bessere Einhaltung der Beihilfevorschriften bei solchen Projekten zu befördern. Ausgehend von der Erfahrung der Kommission sollte die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 insbesondere für Beihilfen für ETZ-Projekte unabhängig von der Größe der begünstigten Unternehmen gelten.
- (3) Da die Gewährung niedriger Beihilfebeträge an Unternehmen, welche an ETZ-Projekten teilnehmen, lediglich eine begrenzte Auswirkung auf Handel und Wettbewerb hat, sollten einfache Regeln für Fälle erlassen werden, in denen der Gesamtbetrag der Beihilfe je Unternehmen und Projekt eine bestimmte Obergrenze nicht überschreitet.

¹ ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 1.

² Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 259).

- (4) Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die im Anschluss an eine Evaluierung und eine Einstufung durch unabhängige Sachverständige mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden und als exzellent und der Förderung durch öffentliche Mittel würdig angesehen werden, aber aufgrund fehlender Mittel nicht aus dem Rahmenprogramm Horizont gefördert werden können, können mit nationalen Mitteln, einschließlich Mitteln aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds für den Zeitraum 2014-2020 beziehungsweise aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und aus dem Europäischen Sozialfonds Plus für den Zeitraum 2021-2027 unterstützt werden. Da diese Vorhaben von kleinen und mittleren Unternehmen durchgeführt werden, sich nicht auf sehr marktnahe Tätigkeiten beziehen und lediglich in begrenztem Umfang öffentliche Mittel erhalten, sollten die für ihre Unterstützung eingesetzten nationalen Mittel als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen und unter bestimmten Voraussetzungen von der Anmeldepflicht freigestellt werden. Darüber hinaus sollten Voraussetzungen, die im Vorfeld der Vergabe des Exzellenzsiegels bereits auf Unionsebene geprüft wurden, nicht erneut bewertet werden müssen. Der Umstand, ob die Einrichtungen, die die einschlägigen Vorhaben durchführen, einen Erwerbszweck haben oder nicht, dürfte im Hinblick auf die Auswirkungen auf den Wettbewerb im Binnenmarkt nicht relevant sein. Zuschüsse, die Forschern im Rahmen des Konzeptnachweises („Proof of Concept“) des ERC und im Rahmen von Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA), bei denen es sich um wirtschaftliche Tätigkeiten handelt, gewährt werden, sollten ebenfalls als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden, wenn sie mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden.
- (5) Werden Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die – im Anschluss an transnationale Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen, an denen mindestens drei Mitgliedstaaten teilgenommen haben – auf Unionsebene im Rahmen des Kofinanzierungsinstruments des Rahmenprogramms Horizont ausgewählt wurden, durch nationale und zentral verwaltete Unionsmittel kofinanziert, so kann dies zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Forschung und Entwicklung beitragen. Da diese Vorhaben von unabhängigen Sachverständigen bewertet und ausgewählt werden, Zielen von gemeinsamem europäischen Interesse dienen und ein genau definiertes Marktversagen beheben, sollten die finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten zum Kofinanzierungsinstrument, einschließlich der Mittel aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds für den Zeitraum 2014-2020 beziehungsweise aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds Plus für den Zeitraum 2021-2027, unter bestimmten Voraussetzungen als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen und von der Anmeldepflicht freigestellt werden. Darüber hinaus sollten Voraussetzungen, die im Vorfeld der Auswahl eines Vorhabens bereits auf der Ebene des Kofinanzierungsinstruments geprüft wurden, nicht erneut bewertet werden müssen.
- (6) Im Rahmenprogramm Horizont ist festgelegt, welche Forschungs- und Innovationsmaßnahmen förderfähig sind. Wenn solche Maßnahmen auch für staatliche Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen in Betracht kommen könnten, muss präzisiert werden, inwieweit die unter dem Rahmenprogramm Horizont förderfähigen Maßnahmen den Kategorien Grundlagenforschung, industrielle Forschung oder experimentelle Entwicklung im Sinne dieser Verordnung entsprechen. Dabei sollten die Definitionen zum Technologie-Reifegrad berücksichtigt werden. Technologie-Reifegrad 1 entspricht der Grundlagenforschung, während die Technologie-Reifegrade 2, 3 und 4 der industriellen Forschung und die Technologie-Reifegrade 5, 6 und 8 der experimentellen Entwicklung entsprechen. Auf dieser Grundlage dürften

Forschungs- und Innovationsmaßnahmen im Rahmen des Programms Horizont den Technologie-Reifegraden 1 bis 4 entsprechen, während die Kategorie „Innovationsmaßnahmen“, mit Ausnahme der Marktumsetzung, im Rahmen des Programms „Horizont“ den Technologie-Reifegraden 5 bis 8 entsprechen dürfte.

- (7) Bei Finanzprodukten, die aus dem Fonds „InvestEU“ unterstützt werden, können von den Mitgliedstaaten kontrollierte Mittel, einschließlich Mitteln aus EU-Fonds mit geteilter Mittelverwaltung, eingesetzt werden, um die Hebelwirkung zu erhöhen und zusätzliche Investitionen in Europa zu unterstützen. So haben die Mitgliedstaaten beispielsweise die Möglichkeit, Mittel aus EU-Fonds mit geteilter Mittelverwaltung oder eigene Mittel in die Mitgliedstaaten-Komponente der EU-Garantie im Rahmen des Fonds „InvestEU“ einzubringen. Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten die durch den Fonds „InvestEU“ abgesicherten Finanzprodukte über eigene Mittel oder über nationale Förderbanken finanzieren. Solche Finanzierungen sind möglicherweise als „staatliche Mittel“ einzustufen und dem Staat zuzurechnen, wenn die Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verwendung dieser Mittel über einen Ermessensspielraum verfügen. Haben die Mitgliedstaaten dagegen keinen Ermessensspielraum, ist die Verwendung dieser Mittel nicht dem Staat zuzurechnen. Die Kommission beabsichtigt mit Blick auf solche Fälle näher zu erläutern, unter welchen Umständen in der Regel Unterstützung aus dem Fonds „InvestEU“ geleistet wird.
- (8) Um die Umsetzung des Fonds „InvestEU“ zu erleichtern, sollte für Fälle, in denen nationale Mittel, einschließlich Mitteln aus EU-Fonds mit geteilter Mittelverwaltung, eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV darstellen, eine Reihe von Voraussetzungen festgelegt werden, unter denen die Beihilfe als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen und von der Anmeldepflicht freigestellt werden sollte.
- (9) Die Kommission hat bei der Konzeption des Fonds „InvestEU“ eine Reihe wichtiger Maßnahmen zur Sicherung des Wettbewerbs vorgesehen, wie etwa die Anforderung, dass der Fonds Investitionen unterstützt, die die politischen Ziele der Union und den europäischen Mehrwert befördern, dass er dem Zusätzlichkeitsprinzip entspricht und dass er Marktversagen und suboptimalen Investitionsbedingungen entgegenwirkt. Darüber hinaus werden das Leitungssystem und das Beschlussfassungsverfahren vor der Ausstellung der EU-Garantie sicherstellen, dass die von „InvestEU“ unterstützten Vorhaben den oben genannten Anforderungen entsprechen. Schließlich wird die Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ transparent sein, und ihre Auswirkungen werden bewertet. Deshalb sollten staatliche Beihilfen im Rahmen von durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten unter einer begrenzten Zahl von Voraussetzungen als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen und von der Anmeldepflicht freigestellt werden.
- (10) Die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 sollte daher entsprechend geändert werden –
HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 wird wie folgt geändert:

- (1) Artikel 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die folgenden Buchstaben o und p angefügt:

„o) Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit;“

„p) Beihilfen im Rahmen von durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten.“;

b) In Absatz 3 erhalten die Buchstaben a und b folgende Fassung:

„a) Beihilfen für Fischerei und Aquakultur im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates^(*), ausgenommen Ausbildungsbeihilfen, Beihilfen zur Erschließung von KMU-Finanzierungen, Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen, Innovationsbeihilfen für KMU, Beihilfen für benachteiligte Arbeitnehmer und Arbeitnehmer mit Behinderungen, regionale Investitionsbeihilfen für Gebiete in äußerster Randlage, regionale Betriebsbeihilferegelungen und Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit;

b) Beihilfen für die Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ausgenommen regionale Investitionsbeihilfen für Gebiete in äußerster Randlage, regionale Betriebsbeihilferegelungen, KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten, Risikofinanzierungsbeihilfen, Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen, Innovationsbeihilfen für KMU, Umweltschutzbeihilfen, Ausbildungsbeihilfen, Beihilfen für benachteiligte Arbeitnehmer und Arbeitnehmer mit Behinderungen, Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit und Beihilfen im Rahmen von durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten;“;

c) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„4. Diese Verordnung gilt nicht für

a) Beihilferegelungen, in denen nicht ausdrücklich festgelegt ist, dass einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, keine Einzelbeihilfen gewährt werden dürfen, ausgenommen Beihilferegelungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen und Beihilferegelungen gemäß Kapitel III Abschnitte 2a und 16;

b) Ad-hoc-Beihilfen für ein Unternehmen im Sinne des Buchstaben a;

c) Beihilfen für Unternehmen in Schwierigkeiten, ausgenommen Beihilferegelungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen, Beihilferegelungen für Unternehmensneugründungen, regionale Betriebsbeihilferegelungen, Beihilfen für KMU nach Artikel 56e und Beihilfen für Finanzintermediäre nach Kapitel III Abschnitt 16, sofern diese Regelungen Unternehmen in Schwierigkeiten nicht gegenüber anderen Unternehmen begünstigen.

^{*} Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1184/2006 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 1)“;

(2) Artikel 2 wird wie folgt geändert:

a) Die Nummern 63, 64 und 65 werden gestrichen;

b) die folgende Nummer 83a wird eingefügt:

„83a. „Technologie-Reifegrad“: Bewertungssystem, das die gesamte Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationskette abdeckt und mithilfe einer Skala von 1 bis 9 einen gemeinsamen Maßstab für den Reifegrad und den Entwicklungsstand bestimmter Technologien bietet“;“;

c) Die Nummern 84, 85 und 86 erhalten folgende Fassung:

„84. „Grundlagenforschung“: experimentelle oder theoretische Arbeiten, die in erster Linie dem Erwerb neuen Grundlagenwissens ohne erkennbare direkte kommerzielle Anwendungsmöglichkeiten dienen (entspricht Technologie-Reifegrad 1);

85. „industrielle Forschung“: planmäßiges Forschen oder kritisches Erforschen zur Gewinnung neuer Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel, neue Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln oder wesentliche Verbesserungen bei bestehenden Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen herbeizuführen. Hierzu zählen auch die Entwicklung von Teilen komplexer Systeme und unter Umständen auch der Bau von Prototypen in einer Laborumgebung oder in einer Umgebung mit simulierten Schnittstellen zu bestehenden Systemen wie auch von Pilotlinien, wenn dies für die industrielle Forschung und die Validierung von technologischen Grundlagen notwendig ist (entspricht den Technologie-Reifegraden 2, 3 und 4);

86. „experimentelle Entwicklung“: Erwerb, Kombination, Gestaltung und Nutzung vorhandener wissenschaftlicher, technischer, wirtschaftlicher und sonstiger einschlägiger Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel, neue oder verbesserte Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln. Dazu zählen zum Beispiel auch Tätigkeiten zur Konzeption, Planung und Dokumentation neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen (entspricht den Technologie-Reifegraden 5 bis 8).

Die experimentelle Entwicklung kann die Entwicklung von Prototypen, Demonstrationsmaßnahmen, Pilotprojekte sowie die Erprobung und Validierung neuer oder verbesserter Produkte, Verfahren und Dienstleistungen in einem für die realen Einsatzbedingungen repräsentativen Umfeld umfassen, wenn das Hauptziel dieser Maßnahmen darin besteht, im Wesentlichen noch nicht feststehende Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen weiter zu verbessern. Die experimentelle Entwicklung kann die Entwicklung von kommerziell nutzbaren Prototypen und Pilotprojekten einschließen, wenn es sich dabei zwangsläufig um das kommerzielle Endprodukt handelt und dessen Herstellung allein für Demonstrations- und Validierungszwecke zu teuer wäre.

Die experimentelle Entwicklung umfasst keine routinemäßigen oder regelmäßigen Änderungen an bestehenden Produkten, Produktionslinien, Produktionsverfahren, Dienstleistungen oder anderen laufenden betrieblichen Prozessen, selbst wenn diese Änderungen Verbesserungen darstellen sollten;“

d) Folgende Nummer 86b wird eingefügt:

„86b. „Digitalisierung“: Einführung von Technologien für elektronische Geräte und/oder Systeme, wodurch die Erweiterung von Produktfunktionen, die Entwicklung von Online-Diensten, die Modernisierung von Verfahren oder die Umstellung auf Geschäftsmodelle, die auf der Disintermediation der Produktion von Gütern und der Erbringung von Dienstleistungen basieren, ermöglicht und schließlich Transformationen bewirkt werden;“;

e) Die folgende Nummer 138a wird eingefügt:

„138a. „Backhaul-Netze der nächsten Generation“ (Next Generation Backhaul Networks – NGN): leistungsfähige Backhaul-Netze, die den Ausbau von NGA-Netzen durch Glasfaser- (oder eine gleichwertige) Technologie unterstützen können;“;

f) Die folgenden Nummern 166 bis 182 werden hinzugefügt:

„Begriffsbestimmungen für Beihilfen im Rahmen von durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten

166. „EU-Garantie“ im Sinne der Begriffsbestimmung in der Verordnung [zur Aufstellung des Programms „InvestEU“] [reference]: eine über den Unionshaushalt bereitgestellte Garantie, in deren Rahmen die Haushaltsgarantien gemäß [Artikel 219 Absatz 1 der Haushaltsordnung] durch die Unterzeichnung einzelner Garantievereinbarungen mit den Durchführungspartnern wirksam werden;

167. Fonds „InvestEU“: ein durch die Verordnung [zur Aufstellung des Programms „InvestEU“] [reference] eingerichteter Fonds, mit dem eine EU-Garantie zur Unterstützung von Finanzierungen und Investitionen der Durchführungspartner bereitgestellt wird;

168. „Finanzprodukt“ im Sinne der Verordnung [zur Aufstellung des Programms „InvestEU“] [reference]: ein Finanzmechanismus oder eine Finanzvereinbarung, entsprechend dem beziehungsweise der der Durchführungspartner den Endempfängern entweder direkt oder über Mittler eine Finanzierung in einer der in [Artikel 13 der Verordnung zur Aufstellung des Programms „InvestEU“] genannten Formen bereitstellt;

169. „nationale Förderbanken oder -institute“ im Sinne der Verordnung [zur Aufstellung des Programms „InvestEU“] [reference]: juristische Personen, die im Rahmen ihrer gewerblichen Tätigkeit Finanztätigkeiten ausüben und denen von einem Mitgliedstaat oder einer Einrichtung eines Mitgliedstaats – auf zentraler, regionaler oder lokaler Ebene – ein Auftrag zur Durchführung von Entwicklungs- oder Fördertätigkeiten erteilt wurde;

170. „Finanzintermediär“: Finanzinstitute ungeachtet ihrer Form und Eigentumsverhältnisse, u. a. Banken, Kreditinstitute des Nichtbankensektors, Investmentfonds, Mikrofinanzierungsinstitute, Garantiegesellschaften, Leasinggesellschaften und nationale Förderbanken oder -institute;

171. „gewerblicher Finanzintermediär“: Finanzintermediär, der einen Erwerbszweck verfolgt und ohne staatliche Garantie das volle Risiko trägt, ausgenommen nationale Förderbanken oder -institute;

172. „Durchführungspartner“ im Sinne der Verordnung [zur Aufstellung des Programms „InvestEU“] [reference]: förderfähige Gegenpartei, etwa eine Finanzierungsinstitution oder ein anderer Mittler, mit der/dem die Kommission eine Garantievereinbarung unterzeichnet;

173. „Marktmittel“: Mittel von gewerblichen Finanzintermediären und anderen Marktinvestoren (ungeachtet ihrer Eigentumsverhältnisse), die einen Erwerbszweck verfolgen, ohne staatliche Garantie das volle Risiko tragen und von den Endempfängern unabhängig sind. Darunter fallen Mittel von Business Angels, der EIB-Gruppe, der EBWE und anderen multilateralen Entwicklungsbanken, nicht aber Mittel nationaler Förderbanken oder -institute;

174. „weiße Flecken“: Gebiete, in denen keine Breitbandinfrastruktur derselben Kategorie (entweder Breitbandgrundversorgung oder NGA/NGN) vorhanden beziehungsweise gemäß geeigneter Breitbandkarte oder den Ergebnissen einer öffentlicher Konsultation innerhalb von drei Jahren zu kommerziellen Bedingungen geplant ist;

175. „graue Flecken“: Gebiete, in denen nur eine Breitbandinfrastruktur derselben Kategorie (d. h. Breitbandgrundversorgung oder NGA/NGN) vorhanden beziehungsweise gemäß geeigneter Breitbandkarte oder den Ergebnissen einer öffentlicher Konsultation innerhalb von drei Jahren zu kommerziellen Bedingungen geplant ist;

176. „schwarze Flecken“: Gebiete, in denen mindestens zwei Breitbandinfrastrukturen derselben Kategorie (d. h. Breitbandgrundversorgung oder NGA-/NGN) vorhanden beziehungsweise gemäß geeigneter Breitbandkarte oder den Ergebnissen einer öffentlicher Konsultation innerhalb von drei Jahren zu kommerziellen Bedingungen geplant sind;

177. „wesentliche Veränderung“: eine wesentliche Veränderung kann nachgewiesen werden, wenn die geförderte Maßnahme zur Folge hat, dass im Rahmen des ausgewählten Vorhabens erhebliche neue Investitionen in das Breitbandnetz getätigt werden und die geförderte Infrastruktur gegenüber den in dem betreffenden Gebiet bestehenden oder innerhalb von drei Jahren geplanten Netzen erhebliche Verbesserungen hinsichtlich der Verfügbarkeit, der Kapazitäten, der Geschwindigkeiten und des Wettbewerbs im Breitbandbereich bewirkt. Eine wesentliche Veränderung kann nachgewiesen werden, wenn sämtliche folgenden Voraussetzungen erfüllt sind: Das geförderte Vorhaben gewährleistet im Vergleich zur bestehenden und/oder geplanten Infrastruktur eine Verdopplung der Download- und Upload-Geschwindigkeiten sowie symmetrische Übertragungsgeschwindigkeiten von mehr als 300 Mbit/s mindestens (es gilt der höhere der beiden Werte); zudem weist es deutlich mehr wettbewerbsfördernde Eigenschaften auf als die derzeitige und/oder geplante Infrastruktur, wie z. B. die Voraussetzungen für einen uneingeschränkten offenen Zugang und besser geeignete und erschwinglichere Dienste für die Endverbraucher;

178. „geeignete Breitbandkarte“: Breitbandkarte eines Gebiets, das das relevante Zielgebiet einschließt, die von den zuständigen nationalen Behörden vor nicht mehr als [X] Jahr[en] erstellt wurde und die gesamte bereits vorhandene beziehungsweise in den nächsten drei Jahren geplante Infrastruktur einer bestimmten Kategorie (d. h. Breitbandgrundversorgung oder NGA/NGN einschließlich Netzen mit sehr hoher Kapazität) umfasst und die auf Ebene der Räumlichkeiten auf der Grundlage der Räumlichkeiten erstellt wurde, die angeschlossen werden könnten (nicht der tatsächlich angeschlossenen Räumlichkeiten);

179. „öffentliche Konsultation“: öffentliche Konsultation, die im Wege der Veröffentlichung auf einer geeigneten Website, die allen Interessenträgern einen Monat lang zur Verfügung steht, von den zuständigen nationalen Behörden durchgeführt wird, um von Interessenträgern fundierte Informationen zu Investitionen in Infrastrukturen derselben Kategorie einzuholen, welche in einem Gebiet, das das relevante Zielgebiet einschließt, bereits vorhanden oder innerhalb der nächsten drei Jahre geplant sind;

180. „soziale Dienstleistungen“: genau festgelegte Dienstleistungen zur Deckung des sozialen Bedarfs im Hinblick auf Gesundheitsdienste und Langzeitpflege, Kinderbetreuung, Zugang zum Arbeitsmarkt, den sozialen Wohnungsbau (d. h. Wohnraum für benachteiligte Bürger oder sozial schwächere Bevölkerungsgruppen, die nicht die Mittel haben, sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Unterkunft zu beschaffen) sowie die Betreuung und soziale Einbindung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen (im Sinne des Erwägungsgrunds 11 des Beschlusses 2012/21/EU der Kommission);

181. „städtischer Knoten im TEN-V“: städtisches Gebiet, in dem die Verkehrsinfrastruktur des transeuropäischen Netzes, wie beispielsweise Häfen einschließlich Passagierterminals, Flughäfen, Bahnhöfe, Logistikplattformen und Güterterminals, die innerhalb oder in der Nähe städtischer Gebiete liegen, mit anderen Teilen dieser Infrastruktur und mit der Infrastruktur für den Nah- und Regionalverkehr verbunden ist (im Sinne des Artikels 3 Buchstabe p der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates*);

182. „neuer Marktteilnehmer“: Eisenbahnunternehmen im Sinne des Artikels 3 Nummer 1 der Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates**, das die folgenden Voraussetzungen erfüllt:

- a) es hat weniger als zehn Jahre vor der Gewährung der Beihilfe eine Genehmigung nach Artikel 17 Absatz 3 der Richtlinie 2012/34/EU erhalten;

- b) es ist nicht verbunden im Sinne des Anhangs I Artikel 3 Absatz 3 mit einem Eisenbahnunternehmen, dem vor dem 1. Januar 2010 eine Genehmigung in einem Mitgliedstaat erteilt wurde;

183. „innovatives KMU“: KMU, dessen FuE- und Innovationskosten in mindestens einem der vorangegangenen drei Jahre mindestens 15 % seiner Gesamtbetriebskosten ausmachen oder in jedem der vorangegangenen drei Jahre mindestens 10 % seiner Gesamtbetriebskosten ausmachen. Eine Zweckgesellschaft, die als „eigenständiges Unternehmen“ im Sinne des Anhangs I angesehen werden kann und für die keine historischen Daten verfügbar sind, kann als innovatives KMU angesehen werden, wenn ihre in einem glaubhaften Geschäftsplan enthaltenen FuE- und Innovationskosten eines der vorstehend genannten Kriterien erfüllen;

184. „innovatives Midcap-Unternehmen“: großes Unternehmen mit bis zu 1500 Beschäftigten, das als „eigenständiges Unternehmen“ im Sinne des Anhangs I angesehen werden kann und dessen FuE- und Innovationskosten in mindestens einem der vorangegangenen drei Jahre mindestens 15 % seiner Gesamtbetriebskosten ausmachen oder in jedem der vorangegangenen drei Jahre mindestens 10 % seiner Gesamtbetriebskosten ausmachen. Eine Zweckgesellschaft, die als „eigenständiges Unternehmen“ im Sinne des Anhangs I angesehen werden kann und für die keine historischen Daten verfügbar sind, kann als innovatives Midcap-Unternehmen angesehen werden, wenn ihre in einem glaubhaften Geschäftsplan enthaltenen FuE- und Innovationskosten eines der vorstehend genannten Kriterien erfüllen;

185. „kleines Midcap-Unternehmen“: großes Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von bis zu 100 Mio. EUR oder einer Jahresbilanzsumme von bis zu 86 Mio. EUR, das als eigenständiges Unternehmen im Sinne des Anhangs I angesehen werden kann.

* Siehe Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Eine europäische Strategie für Schlüsseltechnologien – Eine Brücke zu Wachstum und Beschäftigung“ (COM(2012) 341 final vom 26.6.2012).

** Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über Leitlinien der Union für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 661/2010/EU (ABl. L 348 vom 20.12.2013, S. 1).

*** Richtlinie 2012/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums (ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 32).“;

- (3) Artikel 4 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) Buchstabe f erhält folgende Fassung:

„f) Beihilfen für Unternehmen, die an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit teilnehmen: bei Beihilfen nach Artikel 20: 2 Mio. EUR pro Unternehmen und Projekt; bei Beihilfen nach Artikel 20a: die in Artikel 20a Absatz 2 festgesetzten Beträge pro Unternehmen und Projekt;“

- b) Unter Buchstabe i werden die folgenden Ziffern vii und viii angefügt:

„vii) Beihilfen für Vorhaben, die mit einem „Exzellenzsiegel“ ausgezeichnet wurden: die in Artikel 25a festgesetzten Beträge;

viii) Beihilfen im Rahmen von Kofinanzierungsprojekten und Teaming-Maßnahmen: die in Artikel 25b festgesetzten Schwellenwerte;“

- c) Folgender Buchstabe gg wird angefügt:

„gg) Beihilfen im Rahmen von durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten“: die in Kapitel III Abschnitt 16 festgesetzten Beträge.“;

(4) In Artikel 5 Absatz 2 wird folgender Buchstabe l angefügt:

l) Beihilfen im Rahmen von durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten, sofern die Voraussetzungen in Kapitel III Abschnitt 16 erfüllt sind.“;

(5) In Artikel 6 Absatz 5 werden die folgenden Buchstaben i, j und k angefügt:

„i) Beihilfen für Unternehmen, die an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit teilnehmen, sofern die einschlägigen Voraussetzungen in Artikel 20 oder 20a erfüllt sind;

j) Beihilfen für mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnete Vorhaben und Beihilfen im Rahmen von Kofinanzierungsprojekten und Teaming-Maßnahmen, sofern die einschlägigen Voraussetzungen in Artikel 25a beziehungsweise 25b erfüllt sind;

k) Beihilfen im Rahmen von durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten, sofern die Voraussetzungen in Kapitel III Abschnitt 16 erfüllt sind.“;

(6) Artikel 7 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die beihilfefähigen Kosten können anhand der in der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates* aufgeführten vereinfachten Kostenoptionen beziehungsweise anhand der [neuen Dachverordnung] ermittelt werden, sofern das Vorhaben zumindest teilweise aus einem Unionsfonds finanziert wird, bei dem die Anwendung dieser vereinfachten Kostenoptionen zulässig ist, und die Kostenposition nach der entsprechenden Freistellungsbestimmung beihilfefähig ist.“

* Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).“;

(7) Artikel 8 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten, jedoch nur, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrag nicht überschritten wird.

Finanzierungen, die den Endempfängern im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ im Einklang mit Kapitel III Abschnitt 16 gewährt werden, und die dadurch gedeckten Kosten werden bei der Prüfung der Einhaltung der Kumulierungsvorschriften des Absatzes 3 nicht berücksichtigt. Dies wird erreicht, indem zunächst der Nominalbetrag der durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzierung von den gesamten beihilfefähigen Projektkosten abgezogen und anschließend die höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach dieser Verordnung für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrag allein auf der Grundlage der gesamten verbleibenden förderfähigen Kosten berechnet wird. Auch der Nominalbetrag der den Endempfängern im

Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellten Finanzierungen wird bei der Prüfung, ob die nach dieser Verordnung geltende Anmeldeschwelle eingehalten wird, nicht berücksichtigt.

Bei vorrangigen Darlehen oder Garantien für vorrangige Darlehen, die durch den Fonds „InvestEU“ im Einklang mit Kapitel III Abschnitt 16 unterstützt werden, kann die in vorrangigen Darlehen oder Garantien für vorrangige Darlehen enthaltene Beihilfe für die Endempfänger auch auf der Grundlage des zum Gewährungszeitpunkt geltenden Referenzzinssatzes berechnet werden; auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass die Kumulierung mit anderen Beihilfen für dieselben bestimmbar beihilfefähigen Kosten nicht zu einer Überschreitung der Beihilfemaximalintensität oder des Beihilfemaximalbetrags oder der Anmeldeschwelle führt, die nach dieser Verordnung, einer anderen Gruppenfreistellungsverordnung oder einem Beschluss der Kommission für die Beihilfe gelten.“;

b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„4. Nach Kapitel III Artikel 20a, 21, 22, 23 und Abschnitt 16 freigestellte Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, können mit anderen staatlichen Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten bestimmen lassen, kumuliert werden. Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, können mit anderen staatlichen Beihilfen, bei denen sich die beihilfefähigen Kosten nicht bestimmen lassen, kumuliert werden, und zwar bis zu der für den jeweiligen Sachverhalt einschlägigen Obergrenze für die Gesamtfinanzierung, die im Einzelfall in dieser oder einer anderen Gruppenfreistellungsverordnung oder in einem Beschluss der Kommission festgelegt ist.“;

(8) Artikel 9 Absätze 1 und 2 erhält folgende Fassung:

„1. Der betreffende Mitgliedstaat stellt sicher, dass folgende Informationen auf nationaler oder regionaler Ebene auf einer ausführlichen Beihilfe-Website veröffentlicht werden:

- a) die in Artikel 11 genannten Kurzbeschreibungen in dem in Anhang II festgelegten Standardformat oder ein Link, der Zugang dazu bietet;
- b) der in Artikel 11 verlangte volle Wortlaut jeder Beihilfemaßnahme oder ein Link, der Zugang dazu bietet;
- c) die in Anhang III genannten Informationen über jede Einzelbeihilfe von mehr als 500 000 EUR beziehungsweise, bei in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätigen Empfängern, von mehr als 60 000 EUR.

Im Falle von Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit sind die in diesem Absatz genannten Informationen auf der Website des Mitgliedstaats zu veröffentlichen, in dem die zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des Artikels 21 der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates beziehungsweise [Artikel 44 der neuen ETZ-Verordnung] ihren Sitz hat. Die teilnehmenden Mitgliedstaaten können aber auch beschließen, dass jeder Mitgliedstaat die Informationen über die Beihilfemaßnahmen in seinem Gebiet auf seiner einschlägigen Website bereitstellt.

2. Bei Regelungen in Form von Steuervergünstigungen und bei Regelungen, die unter die Artikel 16 oder 21 (**) fallen, gelten die Voraussetzungen nach Absatz 1 Buchstabe c dieses Artikels als erfüllt, wenn der Mitgliedstaat die erforderlichen Informationen über die einzelnen Beihilfebeträge in den folgenden Spalten (in Mio. EUR) veröffentlicht:

0,06-05 (nur für Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse);

0,5-1;

1-2;
2-5;
5-10;
10-30 und
30 und mehr.“;

* Bei Regelungen nach den Artikeln 16 oder 21 dieser Verordnung kann bei KMU, die noch keinen kommerziellen Verkauf getätigt haben, auf die Pflicht zur Veröffentlichung von Informationen über jede Einzelbeihilfe von mehr als 500 000 EUR verzichtet werden.

(9) In Artikel 11 erhält der einleitende Satz folgende Fassung:

„Die Mitgliedstaaten beziehungsweise im Falle von Beihilfen für Projekte der europäischen territorialen Zusammenarbeit der Mitgliedstaat, in dem die Verwaltungsbehörde im Sinne des Artikels 21 der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 beziehungsweise [Artikel 44 der neuen ETZ-Verordnung] ihren Sitz hat, übermitteln der Kommission:“;

(10) Artikel 14 Absatz 15 erhält folgende Fassung:

„15. Bei Erstinvestitionen im Zusammenhang mit Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit, die unter die Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 oder die [neue ETZ-Verordnung] fallen, gilt für alle an dem Projekt beteiligten Beihilfeempfänger die Beihilfeintensität für das Gebiet, in dem die Erstinvestition angesiedelt ist. Wenn die Erstinvestition in zwei oder mehreren Fördergebieten angesiedelt ist, gilt die Beihilfemaximalintensität, die in dem Fördergebiet anzuwenden ist, in dem die meisten beihilfefähigen Kosten anfallen. In Fördergebieten nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV gilt diese Bestimmung für große Unternehmen nur dann, wenn die Erstinvestition eine neue wirtschaftliche Tätigkeit betrifft.“;

(11) Artikel 16 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„4. Die beihilfefähigen Kosten sind die Gesamtkosten des Stadtentwicklungsprojekts, soweit sie die Kriterien der Artikel 37 und 65 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates beziehungsweise der [neuen Dachverordnung] erfüllen.“

(12) Nach Artikel 19 wird folgender Titel eingefügt:

„Abschnitt 2a

Beihilfen für die europäische territoriale Zusammenarbeit“

(13) Artikel 20 erhält folgende Fassung:

„Artikel 20

Beihilfen für Kosten von Unternehmen, die an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit teilnehmen

1. Beihilfen für Kosten von Unternehmen, die an unter die Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates oder die [neue ETZ-Verordnung] fallenden Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit teilnehmen, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die in diesem Artikel und in Kapitel I festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

2. Soweit sie mit dem Kooperationsprojekt in Zusammenhang stehen, sind die folgenden Kosten im Sinne der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 481/2014* der Kommission beziehungsweise [der Artikel 38 bis 43 der neuen ETZ-Verordnung] beihilfefähig:

- a) Personalkosten,
- b) Büro- und Verwaltungskosten,
- c) Reise- und Unterbringungskosten,
- d) Kosten für externe Expertise und Dienstleistungen,
- e) Ausrüstungskosten und
- f) Kosten für Infrastruktur und Bauarbeiten.

3. Bei der Expertise und den Dienstleistungen im Sinne des Absatzes 2 Buchstabe d darf es sich nicht um Leistungen handeln, die fortlaufend oder in regelmäßigen Abständen in Anspruch genommen werden oder die zu den gewöhnlichen Betriebskosten des Unternehmens gehören, wie laufende Steuerberatung, regelmäßige Rechtsberatung oder laufende Werbung.

4. Die Beihilfeintensität darf 65 % der beihilfefähigen Kosten nicht überschreiten. Bei Beihilfen für mittlere Unternehmen kann die Intensität um 10 Prozentpunkte, bei Beihilfen für kleine Unternehmen um 15 Prozentpunkte erhöht werden.

*Delegierte Verordnung (EU) Nr. 481/2014 der Kommission vom 4. März 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf besondere Regeln für die Förderfähigkeit von Ausgaben für Kooperationsprogramme (ABl. L 138 vom 13.5.2014, S. 45).“;

(14) Folgender Artikel 20a wird eingefügt:

„Artikel 20a

Geringe Beihilfen für Unternehmen zur Teilnahme an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit

1. Beihilfen für Unternehmen zur Teilnahme an Projekten der europäischen territorialen Zusammenarbeit, die unter die Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates oder die [neue ETZ-Verordnung] fallen, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die in diesem Artikel und in Kapitel I festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

2. Der Gesamtbetrag der einem Unternehmen im Rahmen dieses Artikels pro Projekt gewährten Beihilfe darf 20 000 EUR nicht überschreiten.“;

(15) Artikel 25 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„1. Beihilfen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, einschließlich Vorhaben, die im Rahmen des KMU-spezifischen Instruments des Programms Horizont 2020 oder im Rahmen des Programms Horizont Europa mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die in diesem Artikel und in Kapitel I festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.“;

(16) Die folgenden Artikel 25a und 25b werden eingefügt:

„Artikel 25a

Beihilfen für mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnete Vorhaben

1. Beihilfen für KMU für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die im Rahmen des Programms Horizont 2020 oder des Programms Horizont Europa mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt

vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die in den Absätzen 3 bis 6 und in Kapitel I festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

2. Beihilfen für Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen und für vom ERC geförderte Maßnahmen für den Konzeptnachweis, die im Rahmen des Programms Horizont 2020 oder des Programms Horizont Europa mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die in den Absätzen 4 und 7 und in Kapitel I festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

3. Der geförderte Teil des Vorhabens muss vollständig einer oder mehreren der folgenden Kategorien zuzuordnen sein:

- a) Grundlagenforschung,
- b) industrielle Forschung,
- c) experimentelle Entwicklung,
- d) Durchführbarkeitsstudien.

4. Die Kategorien, Höchstbeträge und Methoden zur Berechnung der beihilfefähigen Kosten entsprechen jenen des KMU-spezifischen Instruments des Programms Horizont 2020 oder des Programms Horizont Europa.

5. Die Beihilfehöchstintensitäten entsprechen den im Rahmen des KMU-spezifischen Instruments des Programms Horizont 2020 oder im Rahmen des Programms Horizont Europa festgelegten Fördersätzen und dürfen 100 % für Grundlagenforschung oder industrielle Forschung und 70 % für experimentelle Entwicklung oder Durchführbarkeitsstudien nicht überschreiten.

6. Der Beihilfehöchstbetrag für KMU für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die im Rahmen des Programms Horizont 2020 oder des Programms Horizont Europa mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, darf 2,5 Mio. EUR pro Unternehmen und Vorhaben nicht überschreiten.

7. Der Beihilfehöchstbetrag für Marie-Sklódowska-Curie-Maßnahmen und vom ERC geförderte Maßnahmen für den Konzeptnachweis, die im Rahmen des Programms Horizont 2020 oder des Programms Horizont Europa mit einem Exzellenzsiegel ausgezeichnet wurden, darf den Höchstbetrag für die Unterstützung solcher Maßnahmen im Rahmen des Programms Horizont 2020 oder des Programms Horizont Europa nicht überschreiten. Die Beihilfeintensität darf 100 % nicht überschreiten.

Artikel 25b

Beihilfen im Rahmen von kofinanzierten Projekten einschließlich Teaming-Maßnahmen

1. Beihilfen für kofinanzierte Projekte, die nach transnationalen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Programms Horizont Europa von unabhängigen Sachverständigen evaluiert und ausgewählt wurden, einschließlich Beihilfen für Teaming-Maßnahmen, die nach transnationalen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Programms Horizont 2020 oder des Programms Horizont Europa von unabhängigen Sachverständigen evaluiert und ausgewählt wurden, sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die in diesem Artikel und in Kapitel I festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

2. Der geförderte Teil des Vorhabens muss vollständig einer oder mehreren der folgenden Kategorien zuzuordnen sein:

- a) Grundlagenforschung,
- b) industrielle Forschung,
- c) experimentelle Entwicklung,
- d) Durchführbarkeitsstudien.

Bei Vorhaben im Rahmen von Teaming-Maßnahmen kann der geförderte Teil des Vorhabens zusätzlich projektbezogene Infrastrukturinvestitionen enthalten.

3. Die Kategorien, Höchstbeträge und Methoden zur Berechnung der beihilfefähigen Kosten entsprechen jenen des Programms Horizont Europa. Bei Teaming-Maßnahmen sind zudem die Kosten der Investition in projektbezogene materielle und immaterielle Vermögenswerte beihilfefähig.

4. Der Gesamtbetrag der für ein Vorhaben gewährten öffentlichen Mittel darf 100 % der beihilfefähigen Kosten für Grundlagenforschung und industrielle Forschung und 70 % der beihilfefähigen Kosten für experimentelle Entwicklung oder Durchführbarkeitsstudien nicht überschreiten. Bei Vorhaben im Rahmen von Teaming-Maßnahmen darf die Beihilfe für projektbezogene Infrastrukturinvestitionen 70 % der Kosten der Investition in materielle und immaterielle Vermögenswerte nicht überschreiten.

5. Die im Rahmen des Programms Horizont Europa bereitgestellten Mittel decken mindestens 30 % der beihilfefähigen Kosten für experimentelle Entwicklung und mindestens 35 % der beihilfefähigen Kosten für Grundlagenforschung oder industrielle Forschung.

6. Für Beihilfen für Infrastrukturen im Rahmen von Teaming-Maßnahmen gelten zudem folgende Voraussetzungen:

- a) Wenn die Infrastruktur sowohl wirtschaftliche als auch nichtwirtschaftliche Tätigkeiten ausübt, muss sie für jede Art der Tätigkeit über die Finanzierung, Kosten und Erlöse nach einheitlich angewandten und sachlich zu rechtfertigenden Kostenrechnungsgrundsätzen getrennt Buch führen;
- b) der für den Betrieb oder die Nutzung der Infrastruktur berechnete Preis muss dem Marktpreis entsprechen;
- c) die Infrastruktur muss mehreren Nutzern zu transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen offenstehen. Unternehmen, die mindestens 10 % der Investitionskosten der Infrastruktur finanziert haben, können einen bevorzugten Zugang zu günstigeren Bedingungen erhalten. Um Überkompensationen zu verhindern, muss ein solcher Zugang in einem angemessenen Verhältnis zum Investitionsbeitrag des Unternehmens stehen; ferner werden die Vorzugsbedingungen öffentlich zugänglich gemacht;
- d) wenn die Infrastruktur sowohl für wirtschaftliche als auch für nichtwirtschaftliche Tätigkeiten öffentliche Mittel erhält, richtet der Mitgliedstaat einen Monitoring- und Rückforderungsmechanismus ein, um sicherzustellen, dass die zulässige Beihilfeintensität nicht überschritten wird, weil der Anteil der wirtschaftlichen Tätigkeiten höher ist als zum Zeitpunkt der Gewährung der Beihilfe geplant.“;

(17) Nach Artikel 56c wird folgender Abschnitt eingefügt:

„Abschnitt 16

Beihilfen im Rahmen von durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten

Artikel 56d

Gegenstand und allgemeine Voraussetzungen

1. Dieser Abschnitt findet Anwendung auf Beihilfen in Form von:

- a) EU-Garantien im Rahmen der Mitgliedstaaten-Komponente des Fonds „InvestEU“;
- b) Finanzprodukten, die durch den Fonds „InvestEU“ unterstützt werden;
- c) Beihilfen im Sinne der Buchstaben a oder b, die an Finanzintermediäre oder Endempfänger weitergegeben werden.

2. Die Beihilfen sind im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die in Kapitel I, in diesem Artikel und in den Artikeln 56e oder 56f festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind.

3. Die Beihilfen müssen alle anwendbaren Voraussetzungen der Verordnung [über den Fonds „InvestEU“] [reference] und der InvestEU-Investitionsleitlinien [reference] erfüllen.

4. Die in den Artikeln 56e und 56f festgelegten Höchstbeträge gelten für die gesamten ausstehenden Finanzmittel, die für den Endempfänger im Rahmen von durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten bereitgestellt werden.

5. Die Beihilfen werden nicht in Form von Refinanzierungen oder Garantien für bestehende Portfolios von Finanzintermediären gewährt.

Artikel 56e

Voraussetzungen für Beihilfen im Rahmen von durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten

1. Finanzmittel, die den Endempfängern im Rahmen des durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukts bereitgestellt werden, müssen eine der folgenden Anforderungen erfüllen:

- a) Bei Darlehen mit festem Zinssatz muss der Zinssatz mindestens dem allgemeinen Mid-Swap-Satz für die entsprechende Laufzeit und die Währung, auf die das Darlehen lautet, entsprechen. Ist dieser Satz nicht verfügbar, muss der Zinssatz mindestens dem Zinssatz für Staatsanleihen des Landes, auf dessen Währung das Darlehen lautet, entsprechen.
- b) Bei Darlehen mit variablem Zinssatz muss der Zinssatz mindestens dem EURIBOR oder dem entsprechenden IBOR für die betreffende Laufzeit entsprechen.
- c) Bei Garantien muss das Garantieentgelt gleich Null oder höher sein.
- d) Bei Kapitalbeteiligungen muss die erworbene Beteiligung dem investierten Betrag entsprechen.

2. Beihilfen für den Endempfänger müssen darüber hinaus die in einem der Absätze 3 bis 11 genannten Voraussetzungen erfüllen.

3. Beihilfen für Breitbandinfrastrukturen müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt werden, darf [70] Mio. EUR nicht überschreiten.
- b) In weißen Flecken werden Beihilfen nur für Vorhaben gewährt, die

- i) auf der Grundlage eines transparenten, diskriminierungsfreien und technologieneutralen Auswahlverfahrens ausgewählt werden, allen Nutzern zu fairen, vernünftigen und angemessenen Bedingungen offen stehen, was eine vollständige und wirksame Entbündelung im Einklang mit Artikel 52 Absätze 5 und 6 einschließt, und
 - ii) sich auf einen festgestellten Investitionsbedarf stützen, der anhand einer geeigneten Breitbandkarte oder, wenn keine geeignete Breitbandkarte zur Verfügung steht, einer öffentlichen Konsultation ermittelt wird, um eine Verdrängung privater Initiativen zu vermeiden.
- c) In grauen Flecken werden Beihilfen nur für Vorhaben gewährt, die
 - i) eine wesentliche Veränderung darstellen und
 - ii) auf der Grundlage eines transparenten, diskriminierungsfreien und technologieneutralen Auswahlverfahrens ausgewählt werden, allen Nutzern zu fairen, vernünftigen und angemessenen Bedingungen offen stehen, was eine vollständige und wirksame Entbündelung im Einklang mit Artikel 52 Absätze 5 und 6 einschließt, und
 - iii) sich auf einen festgestellten Investitionsbedarf, eine geeignete Breitbandkarte oder, wenn keine geeignete Breitbandkarte zur Verfügung steht, eine öffentliche Konsultation stützen, um eine Verdrängung privater Initiativen zu vermeiden.
- d) Wenn Vorhaben sowohl auf weiße als auch auf graue Flecken ausgerichtet sind, die nicht leicht voneinander trennbar sind, müssen die für Vorhaben in grauen Flecken geltenden Voraussetzungen erfüllt werden.
- e) Für Vorhaben, die auch auf schwarze NGA-/NGN-Flecken oder Gebiete ausgerichtet sind, in denen mindestens ein Netz mit sehr hoher Kapazität vorhanden oder innerhalb der nächsten drei Jahre geplant ist, werden keine Beihilfen gewährt.

4. Beihilfen für Häfen müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt werden, darf [100] Mio. EUR nicht überschreiten.
- b) Beihilfen dürfen nur für Investitionen in Zugangs- und Hafeninfrastrukturen gewährt werden, die interessierten Nutzern zu gleichen und diskriminierungsfreien Marktbedingungen zur Verfügung gestellt werden.
- c) Die Erteilung von Konzessionen oder Aufträgen für den Bau, die Modernisierung, den Betrieb oder die Anmietung einer durch eine Beihilfe geförderten Hafeninfrastruktur durch Dritte erfolgt in einem wettbewerblichen, transparenten sowie diskriminierungs- und auflagenfreien Verfahren.
- d) Für Investitionen in Hafen-Suprastrukturen werden keine Beihilfen gewährt.

5. Beihilfen für Energieerzeugung und Energieinfrastruktur müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Die Beihilfen werden für Investitionen in Gas- und Strominfrastruktur, die in Bezug auf den Zugang Dritter, die Entgeltregulierung und die Entflechtung mit den Rechtsvorschriften über den Energiebinnenmarkt im Einklang stehen, für die folgenden Kategorien von Vorhaben gewährt:

- i) Im Bereich Energiespeicherung werden Beihilfen nur für Vorhaben gewährt, die in der Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse aufgeführt sind [xxx, reference].
- ii) Für Infrastrukturvorhaben im Energiebereich, die nicht die Speicherung betreffen, werden Beihilfen gewährt für: intelligente Netze, Vorhaben, an denen mehr als ein Mitgliedstaat beteiligt ist, Vorhaben, die in der Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse aufgeführt sind, oder Vorhaben in Fördergebieten.

Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt werden, darf [100] Mio. EUR nicht überschreiten.

- b) Investitionsbeihilfen für die Erzeugung erneuerbarer Energien werden nur für neue Anlagen gewährt, die im Rahmen einer Ausschreibung anhand eindeutiger, transparenter und diskriminierungsfreier Kriterien ausgewählt werden. Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt werden, darf [30] Mio. EUR nicht überschreiten.

6. Beihilfen für soziale, bildungsbezogene und kulturelle Infrastrukturen und Aktivitäten müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt werden, darf folgende Beträge nicht überschreiten:
 - i) [100] Mio. EUR pro Vorhaben für Investitionen in Infrastruktur, die für die Erbringung sozialer Dienstleistungen, für Bildung oder kulturelle Zwecke und für die in Artikel 53 Absatz 2 genannten Aktivitäten genutzt wird;
 - ii) [30] Mio. EUR für die Erbringung sozialer Dienstleistungen und kultureller Aktivitäten;
 - iii) [2] Mio. EUR für allgemeine und berufliche Bildung.
- b) Für Ausbildungsmaßnahmen zur Einhaltung verbindlicher Ausbildungsnormen der Mitgliedstaaten werden keine Beihilfen gewährt.

7. Beihilfen für den Verkehr und Verkehrsinfrastrukturen müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Nur für folgende Vorhaben werden Beihilfen gewährt:
 - i) Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Sinne des Artikels 3 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 1315/2013 über das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V), mit Ausnahme von Vorhaben, die Flughafeninfrastruktur betreffen;
 - ii) Anbindung an die städtischen Knoten im TEN-V;
 - iii) gebührenfreie Straßeninfrastruktur sowie gebührenpflichtige Straßeninfrastruktur, deren Betreiber im Einklang mit den im AEUV verankerten Grundsätzen für die Vergabe öffentlicher Aufträge auf der Grundlage eines wettbewerblichen, transparenten sowie

diskriminierungs- und bedingungsfreien Ausschreibungsverfahrens ausgewählt wurde;

- iv) Schieneninfrastruktur;
 - v) Fahrzeuge für die Erbringung von Schienenverkehrsdiensten auf vollständig für den Wettbewerb geöffneten Strecken, sofern es sich bei dem Empfänger um einen neuen Marktteilnehmer handelt;
 - vi) Stadtverkehr;
 - vii) Infrastruktur für alternative Kraftstoffe oder für emissionsfreie/emissionsarme Mobilität;
- b) Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt werden, darf [100] Mio. EUR nicht überschreiten.

8. Beihilfen für andere Infrastrukturen müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Nur für folgende Vorhaben werden Beihilfen gewährt:
- i) Wasser- und Abwasserinfrastruktur;
 - ii) Abfallbewirtschaftungsinfrastruktur, soweit sie der Bewirtschaftung des Abfalls anderer Unternehmen dient;
 - iii) Forschungsinfrastruktur.
- b) Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt werden, darf [100] Mio. EUR nicht überschreiten.

9. Beihilfen für den Klima- und Umweltschutz müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Beihilfen werden nur für Investitionen gewährt, die getätigt werden, um über die Unionsnormen für den Umweltschutz hinauszugehen, den Klima- oder Umweltschutz bei Fehlen geltender Unionsnormen zu verbessern oder frühzeitig Anpassungen an künftige Unionsnormen zu ermöglichen.
- b) Der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt werden, darf [50] Mio. EUR nicht überschreiten.

10. Beihilfen für Forschung, Entwicklung, Innovation und Digitalisierung müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a) Beihilfen können gewährt werden für:
- i) Grundlagenforschung;
 - ii) industrielle Forschung;
 - iii) experimentelle Entwicklung; großen Unternehmen, mit Ausnahme von kleinen Midcap-Unternehmen in Fördergebieten und innovativen Midcap-Unternehmen, dürfen Beihilfen für die experimentelle Entwicklung nur gewährt werden, wenn das Vorhaben über den Stand der Technik in dem betreffenden Wirtschaftszweig im EWR hinausgeht und die dem Endempfänger gewährte Finanzierung nicht das für eine

ausreichende Rentabilität des Vorhabens erforderliche Minimum übersteigt;

- iv) Prozess- oder Betriebsinnovationen für KMU;
- v) Digitalisierung für KMU;

- b) bei Vorhaben, die unter Absatz 10 Buchstabe a Ziffern i, ii und iii fallen, darf der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt werden, [50] Mio. EUR nicht überschreiten. Bei Vorhaben, die unter Absatz 10 Buchstabe a Ziffern iv und v fallen, darf der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger pro Vorhaben im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt werden, [30] Mio. EUR nicht überschreiten.

11. KMU, kleine oder innovative Midcap-Unternehmen können Finanzierungen im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ erhalten, sofern

- a) der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt werden, [30] Mio. EUR nicht überschreitet und einer der folgenden Unternehmenskategorien gewährt wird:
 - i) Kleinstunternehmen;
 - ii) KMU, die seit ihrem ersten kommerziellen Verkauf noch keine 7 Jahre gewerblich tätig sind;
 - iii) KMU, die in einen neuen sachlich oder räumlich relevanten Markt eintreten, wenn die Erstinvestition für den Eintritt in einen neuen sachlich oder räumlich relevanten Markt 50 % des durchschnittlichen Jahresumsatzes in den vorangegangenen 5 Jahren überschreiten muss;
 - iv) innovativen KMU oder innovativen Midcap-Unternehmen;
 - v) KMU oder kleinen Midcap-Unternehmen in Fördergebieten, sofern die Finanzierung nicht für die Verlagerung von Tätigkeiten verwendet wird;
 - vi) KMU für die in Artikel 53 Absatz 2 genannten kulturellen Zwecke und Aktivitäten;
- b) der Nominalbetrag der Gesamtmittel, die einem Endempfänger im Rahmen der Unterstützung durch den Fonds „InvestEU“ bereitgestellt werden, folgende Beträge nicht überschreitet:
 - i) 1 Mio. EUR bei Darlehen mit einer Laufzeit von 5 Jahren,
 - ii) 500 000 EUR bei Darlehen mit einer Laufzeit von 10 Jahren,
 - iii) 1,5 Mio. EUR bei Darlehensgarantien mit einer Laufzeit von bis zu 5 Jahren,
 - iv) 750 000 EUR bei Darlehensgarantien mit einer Laufzeit von bis zu 10 Jahren,
 - v) 200 000 EUR bei Kapitalbeteiligungen.“

Artikel 56f

Voraussetzungen für Beihilfen im Rahmen von kommerziellen durch den Fonds „InvestEU“ unterstützten Finanzprodukten

1. Die Finanzierungen für die Endempfänger werden durch gewerbliche Finanzintermediäre bereitgestellt, die anhand objektiver Kriterien in einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren ausgewählt werden.

2. In jedem Portfolio von Finanzierungen, die den Endempfängern durch den gewerblichen Finanzintermediär bereitgestellt werden, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

a) Bei Finanzierungsportfolios ohne Risikotranchen:

- i) Die Marktmittel müssen mindestens 30 % des Finanzierungsportfolios ausmachen und mit anderen Mitteln in Bezug auf das Risiko gleichrangig sein, oder
- ii) der gewerbliche Finanzintermediär muss bei dem Finanzierungsportfolio mindestens 20 % des Risikos tragen, wobei in Bezug auf das Risiko Gleichrangigkeit mit den anderen Mitteln bestehen muss.

b) Bei Finanzierungsportfolios mit Risikotranchen:

- i) Eine Risikotranche, die höchstens 25 % des Finanzierungsportfolios ausmacht, darf vollständig durch andere Mittel gedeckt werden, und
- ii) in jeder verbleibenden Risikotranche müssen die Marktmittel mindestens 30 % ausmachen und in Bezug auf Risiko und Vergütung mit den anderen Mitteln gleichrangig sein.

3. Der Nominalwert der Gesamtfinanzierung, die der gewerbliche Finanzintermediär jedem Endempfänger bereitstellt, darf [6] Mio. EUR oder, wenn mindestens 50 % jeder Tranche des Finanzierungsportfolios über den Markt bereitgestellt werden, [10] Mio. EUR nicht überschreiten.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt gemäß den Verträgen unmittelbar in den Mitgliedstaaten.

Brüssel, den

Für die Kommission
Der Präsident
Jean-Claude JUNCKER